

Das wollen wir:

- Schleswig-Holstein und seine Kommunen müssen handlungsfähig bleiben.
- Die Regierung muss sich dafür stark machen, dass in Berlin keine weiteren Steuersenkungen ohne Gegenfinanzierung beschlossen werden.
- Der Kommunalen Finanzausgleich muss auf eine faire Basis gestellt werden. Das Land darf sich nicht auf Kosten der Kommunen sanieren.
- Schleswig-Holstein muss eine stabile und finanziell angemessene Ausstattung der Kommunen sicherstellen.
- Die Gewerbesteuer muss zu einer krisensicheren kommunalen Wirtschaftsteuer ausgebaut werden.
- Die Landesregierung muss gemeinsam mit den Kommunen ein Konzept für eine Gebiets- und Verwaltungsreform erarbeiten, die finanzielle Spielräume für die Daseinsvorsorge der Kommunen öffnet.

„Beim Steuerpoker drohen die Kommunen zum Verlierer zu werden. Jeder kämpft für sich, Land gegen Bund, und die Kommunen stehen ohne Stimmrecht am Rande der Veranstaltung und müssen zusehen, wie ihnen der Boden unter den Füßen weggezogen wird. Da die Kommunen weder im Bundestag noch im Bundesrat Mitsprache- beziehungsweise Stimmrecht haben, muss sich der Landtag zum Anwalt der Kommunen machen!“



Monika Heinold
Finanzpolitische
Sprecherin



Ines Strehlau
Kommunalpolitische
Sprecherin

Bündnis 90/Die Grünen
Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel
T: 0431-988-1500
F: 0431-988-1501
fraktion@gruene.ltsh.de
www.sh.gruene-fraktion.de

Keine Steuersenkungen zu Lasten von Land und Kommunen



V.l.S.d.P.: Monika Heinold, Titelbild: pixelio / Birgit Winter, Bild Innenteil: pixelio / Stephanie Hofschlaeger

Wachstumsbeschleunigungsgesetz

Die Bundesregierung hat auf der Basis des Koalitionsvertrages das sogenannte Wachstumsbeschleunigungsgesetz im Bundestag beschlossen.

Dieses Gesetz verschärft die Situation der öffentlichen Haushalte und insbesondere der Länder und Kommunen dramatisch und wird voraussichtlich zu Steuerausfällen von insgesamt 8,5 Milliarden Euro führen.

So sollen die Belastungen verteilt werden:

Bund: 4,63 Milliarden Euro
Länder: 2,28 Milliarden Euro
Kommunen: 1,57 Milliarden Euro

Auf den Landeshaushalt von Schleswig-Holstein kämen auf Basis dieser Zahlen damit allein in 2010 Belastungen in Höhe von etwa 70 Millionen Euro und auf unsere Kommunen ebenfalls etwa 60 Millionen Euro zu. Zu Recht laufen die Kommunen gegen Steuersenkungen Sturm.

Auswirkungen von Steuersenkungen

20 Euro mehr Kindergeld klingt erstmal gut, nützt den Familien aber nichts, wenn die Beiträge für Kindertagesstätten steigen, die Schwimmbäder teurer werden und Büchereien schließen. Damit wird die Kindergelderhöhung gleich wieder zunichte gemacht - und am Ende bleibt noch weniger für Kinder.

Die Haushalte zahlreicher Städte drohen zwischen sinkenden Steuereinnahmen und steigenden Sozialausgaben zerrieben zu werden.

Trotzdem sind weitere Steuersenkungen ab 2011 mit der Einkommensteuerreform geplant. Union und FDP streben in ihrer Amtszeit Steuersenkungen von bis zu 24 Milliarden Euro im Jahr an.

So werden diese Belastungen verteilt:

Bund: 42,5%
Länder: 42,5%
Kommunen: 15,0%

Das wären für Schleswig-Holstein ca. 450 Mio. Euro weitere Einnahmeausfälle. Das ist unseriös und schlichtweg unbezahlbar!



Kommunaler Finanzausgleich (KFA)

Nach dem Ergebnis der aktuellen November-Steuerschätzung sind die Finanzausgleichsmassen für 2009 und 2010 deutlich zu hoch angesetzt. Die Kommunen werden 2009 ca. 93 Mio. Euro und 2010 167 Mio. Euro weniger als geplant zur Verfügung haben.

Zusätzlich wird die Finanzausstattung der Kommunen vom Land seit 2006 jährlich um 120 Mio. Euro gekürzt, ohne dass es eine angemessene Kompensation auf der Aufgabenseite gegeben hat.

Einbruch der Gewerbesteuer

Die Gewerbesteuer ist eine der wichtigsten Einnahmen der Kommunen. 2009 werden die Kommunen 71 Mio. Euro weniger Gewerbesteuer einnehmen und 2010 sogar 85 Mio. Euro. Damit sind die Kommunen unverhältnismäßig stark von Einnahmeausfällen betroffen.

Die Diskussion um Abschaffung der Gewerbesteuer geht in die falsche Richtung. Vielmehr muss die Gewerbesteuer zu einer krisenfesten kommunalen Wirtschaftsteuer umgebaut werden, um die aufgabengerechte Finanzausstattung der Städte und Gemeinden sicher zu stellen.

Sonst werden die Gemeinden nach dem Auslaufen des Konjunkturpaketes in 2011 aufgrund der immensen Steuerausfälle kaum noch investieren und die örtliche Wirtschaft mit Aufträgen versehen können.

Unsere Meinung

Angesichts der bestehenden Haushaltsnotlage und angesichts der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse sind weitere Einnahmeausfälle durch Steuersenkungen weder für das Land noch seine Kommunen zu verkraften.